

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/02_KSA/31. Kreis- und Strategieausschuss



Protokoll

31. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil

am Montag, 08.07.2024 im Hermann-Beham-Saal

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 18:12 Uhr

Vorsitzende: Robert Niedergesäß
Walter Brilmayer
Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Bauer, Christian
Brilmayer, Walter
Huber, Thomas
Müller, Alexander
Wagner, Martin

abwesend ab 17:45 Uhr

GRÜNE-Fraktion

Gruber, Waltraud
Mayer, Benedikt
Oellerer, Reinhard

abwesend ab 17:51 Uhr

FW-BP-Fraktion

Scherzl, Günter

anwesend ab 14:02 Uhr,
abwesend ab 18:03 Uhr

SPD-Fraktion

Platzer, Elisabeth

AuG ÖDP-Linke

Glaser, Renate, Dr.

anwesend ab 14:11 Uhr

AfD-Fraktion

Schmidt, Manfred

abwesend ab 17:53 Uhr

Abwesend sind:

GRÜNE-Fraktion

Leng, Lakhena entschuldigt

FW-BP-Fraktion

Reitsberger, Georg entschuldigt

SPD-Fraktion

Proske, Ulrich entschuldigt

gez.

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

gez.

Walter Brilmayer
Vorsitzender bei TOP 10 ö und 11 ö

gez.

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
- TOP 2 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift vom 29.04.2024 und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Mitgliedschaft im Kreistag;
a) Ausscheiden von KRin Franziska Hilger
b) Nachrückerin Frau Kathrin Alte
c) Besetzung der Ausschüsse
Vorlage: 2024/1247
- TOP 4 Haushalt 2024; Zwischenbericht 2024 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses
Vorlage: 2024/1157
- TOP 5 Haushalt 2025; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
Vorlage: 2024/1158
- TOP 6 Seerosenschule Poing - Sonderpädagogisches Förderzentrum; Startbeschluss Aufstockung
Vorlage: 2024/1239/1
- TOP 7 Humboldt-Gymnasium Vaterstetten; Startbeschluss Sanierung Dreifachturnhalle
Vorlage: 2024/1240/1
- TOP 8 Wohnbaugesellschaft Ebersberg gkU; Anwendung der Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg für das Objekt Pfarrer-Guggetzer-Straße 6
Vorlage: 2024/1266/1
- TOP 9 Jahresabschluss 2023 des Sondervermögens der Kreisklinik Ebersberg
Vorlage: 2024/1161
- TOP 10 Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2022 der Kreisklinik Ebersberg gGmbH - Entlastung des Aufsichtsrates
Vorlage: 2024/1160
- TOP 11 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2020 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg
Vorlage: 2024/1231/1
- TOP 12 Örtliche Prüfung des konsolidierten Jahresabschlusses 2020 des Landkreises Ebersberg
Vorlage: 2023/1086/1
- TOP 13 VERTAGT_Jahresabschluss 2020; Erteilung der Entlastung
Vorlage: 2024/1268
- TOP 13 NEU_Beauftragung eines externen Dienstleisters zur Prüfung verschiedener Vorgänge; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2024
- TOP 14 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 15 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 16 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 17 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
-------	---

Ein Bürger verliest einen Fragenkatalog zur Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten (Bayerische Nebentätigkeitsverordnung – BayNV) sowie zur Privatnutzung des Dienstfahrzeugs durch Herrn Landrat.

Gemäß § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kreistages wird allen anwesenden Bürgerinnen und Bürgern für längstens 5 Minuten die Gelegenheit gegeben, Fragen zu stellen. Zulässig sind insbesondere Anfragen und Anregungen zu Themen, zu deren Behandlung die Verwaltung, der Kreistag oder einer seiner Ausschüsse zuständig ist. Fragen, die der Sitzungsleiter nicht mündlich beantwortet, werden innerhalb von vier Wochen schriftlich beantwortet, in diesem Fall wird die Antwort auch dem Protokoll beigelegt. In jedem Fall werden die Fragen und Antworten protokolliert.

Aufgrund vorrangig zu erledigender Dienstverpflichtungen sowie noch fehlender Informationen konnten die Fragen noch nicht vollständig beantwortet werden.

Der Fragenkatalog mit Antworten wird daher dem Protokoll der nachfolgenden Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses als Anlage angelegt.

TOP 2	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift vom 29.04.2024 und Genehmigung der Tagesordnung
-------	---

Der Landrat gratuliert KR Reinhard Oellerer nachträglich zum Geburtstag. Anschließend eröffnet er die Sitzung, gibt die Entschuldigungen bekannt und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie dessen ordnungsgemäße Ladung fest.

Gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 29.04.2024 gibt es keinen Einwand. Die Niederschrift ist damit einstimmig genehmigt.

Der Landrat informiert über die Vertagung des für heute geladenen Tagesordnungspunkt 13 ö, „Jahresabschluss 2020; Erteilung der Entlastung“ aufgrund einer erneuten Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss.

KR Manfred Schmidt stellt einen Antrag nach § 17 Abs. 3 Nr. 1 der Geschäftsordnung des Kreistages Ebersberg (GeschO-KT), da seines Erachtens der nichtöffentlich geladene Tagesordnungspunkt 21 nö zumindest in Teilen öffentlich behandelt werden könne.

Nach Art. 46 Abs. 2 Satz 2 LKrO, § 12 Abs. 2 GeschO-KT wird über den Ausschluss der Öffentlichkeit in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

Der Landrat stellt um 14:09 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit um 14:14 Uhr informiert der Landrat über die öffentliche Behandlung der Ziffern 2 und 3 des Antrages der AfD-Kreistagsfraktion. Die Beratung und Beschlussfassung zu diesen Ziffern erfolgt, anstatt des vertagten Punktes „Jahresabschluss 2020; Erteilung der Entlastung“, unter Tagesordnungspunkt 13 ö_Neu, *Beauftragung eines externen Dienstleisters zur Prüfung verschiedener Vorgänge; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2024.*

Ein weiterer Einwand zur Tagesordnung erfolgt nicht.

Die geänderte Tagesordnung ist somit einstimmig genehmigt.

TOP 3	Mitgliedschaft im Kreistag; a) Ausscheiden von KRin Franziska Hilger b) Nachrückerin Frau Kathrin Alte c) Besetzung der Ausschüsse
-------	---

2024/1247

Der Landrat informiert über das Ausscheiden von KRin Franziska Hilger aus dem Kreistag auf eigenen Wunsch. Die Listennachfolgerin Kathrin Alte hat die Wahl angenommen und wird mit Wirkung vom 01.08.2024 ihr Kreistagsmandat antreten. Die Ausschusssitze der CSU-FDP-Kreistagsfraktion sind entsprechend (teilweise) neu zu besetzen.

Es folgt keine Wortmeldung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Zu a)

- 1. Der Kreistag stellt fest, dass Frau Kreisrätin Franziska Hilger ihr Kreistagsmandat mit Ablauf des 31.07.2024 niederlegt.**
- 2. Frau Kreisrätin Franziska Hilger scheidet mit Ablauf des 31.07.2024 per heutigem Beschluss des Kreistages aus dem Kreistag aus.**

Zu b)

- 1. Es wird festgestellt, dass nach dem amtlichen Endergebnis der Kreistagswahl vom 15.03.2020 Frau Kathrin Alte aus Anzing mit Wirkung zum 01.08.2024 per heutigem Beschluss als Listennachfolgerin von Frau Franziska Hilger in den Kreistag nachrückt.**
- 2. Frau Kathrin Alte ist nach Art. 24 Abs. 4 LkrO zu vereidigen mit Wirkung zum 01.08.2024.**

Zu c)

Die Gremien werden wie folgt neu besetzt:

Kreis- und Strategieausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Wagner Martin	Mayr Piet	Dahms Walentina	
CSU-FDP	Huber Thomas	Schwaiger Johann	Dr. Lenz Andreas	
CSU-FDP	Bauer Christian	Alte Kathrin	Föstl Magdalena	Lechner Martin
CSU-FDP	Brilmayer Walter	Oswald Josef	Spitzauer Leonhard	
CSU-FDP	Müller Alexander	Frick Roland	Dr. Markmiller Susanne	
GRÜNE	Gruber Waltraud	Obermayr Angelika	Fent Niklas	Dr. Burggraf Ulrike
GRÜNE	Mayer Benedikt	Oellerer Reinhard	Schüller Antonia	von der Forst, Johannes
GRÜNE	Leng Lakhena	von Sarnowski Thomas	Schweinsteiger Ronja	Rumpfinger, Johannes
FW-BP	Reitsberger Georg	Scherzl Günter	Ossenstetter Simon	
SPD	Proske Ulrich	Platzer Elisabeth	Rauscher Doris	Poschenrieder Bianka
AG ödp-Linke	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	
AfD	Schmidt Manfred	Pelz Heidelinde		

Rechnungsprüfungsausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Schwäbl Josef	Alte Kathrin	Müller Alexander
CSU-FDP	Lechner Martin	Bauer Christian	Spitzauer Leonhard
GRÜNE	Ruoff Veronika	Leng Lakhena	Mayer Benedikt
FW-BP	Scherzl Günter	Weindl Max	
SPD	Platzer Elisabeth	Proske Ulrich	Poschenrieder Bianka

Ausschuss für Liegenschaften, Schulbauten und Vergaben - LSV-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Mayr Piet	Pfluger Renate	Dr. Lenz Andreas	
CSU-FDP	Dahms Walentina	Föstl Magdalena	Dr. Markmiller Susanne	
CSU-FDP	Ziegltrum Sonja	Schwaiger Johann	Alte Kathrin	
CSU-FDP	Zistl Josef	Riedl Martin	Oswald Josef	
CSU-FDP	Frick Roland	Spitzauer Leonhard	Wagner Martin	
CSU-FDP	Gressierer Alexander	Lechner Martin	Matjanovski Marina	
GRÜNE	Greithanner Franz	Fent Niklas	Gruber Waltraud	Schweinsteiger Ronja
GRÜNE	Obermayr Angelika	Mayer Benedikt	Leng Lakhena	Otilie Eberl
GRÜNE	Rumpfinger Johannes	Ruoff Veronika	von der Forst, Johannes	Dr. Burggraf Ulrike
FW-BP	Ossenstetter Simon	Riedl Toni	Scherzl Günter	
FW-BP	Weindl Max	Reitsberger Georg	Lechner Thomas	

SPD	Wirnitzer Maria	Platzer Elisabeth	Proske Ulrich	Bittner Ursula
AG ödp-Linke	Ottinger Marlene	Schweisfurth Karl	Dr. Glaser Renate	
AfD	Pelz Heidelinde	Schmidt Manfred		

Ausschuss für Soziales, Familie, Bildung, Sport und Kultur - SFB-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Schwaiger Johann	Bauer Christian	Dr. Lenz Andreas	
CSU-FDP	Linhart Susanne	Lechner Martin	Huber Thomas	
CSU-FDP	Matjanovski Marina	Frick Roland	Brilmayer Walter	
CSU-FDP	Dr. Markmiller Susanne	Müller Alexander	Alte Kathrin	
CSU-FDP	Ziegtrum Sonja	Stewens Christa	Dahms Walentina	
CSU-FDP	Föstl Magdalena	Dahms Walentina	Pfluger Renate	
GRÜNE	Eberl Otilie	Ruoff Veronika	Schüller Antonia	Waltraud Gruber
GRÜNE	von der Forst, Johannes	Dr. Burggraf Ulrike	Schweinsteiger Ronja	Leng Lakhena
GRÜNE	Oellerer Reinhard	Greithanner Franz	Obermayr Angelika	von Sarnowski, Thomas
FW-BP	Maurer Ludwig	Lechner Thomas	Scherzl Günter	
FW-BP	Ried Toni	Ossenstetter Simon	Reitsberger Georg	
SPD	Bittner Ursula	Poschenrieder Bianka	Wirnitzer Maria	Platzer Elisabeth
AG ödp-Linke	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl	
AfD	Pelz Heidelinde	Demmel Helmuth		

Ausschuss für Umwelt- und Naturschutzangelegenheiten, Landkreisentwicklung, Regionalmanagement, Verkehrsinfrastruktur, Abfallwirtschaft, ÖPNV und Schülerbeförderung - ULV-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Föstl Magdalena	Dahms Walentina	Zistl Josef	
CSU-FDP	Spitzauer Leonhard	Ziegtrum Sonja	Wagner Martin	
CSU-FDP	Alte Kathrin	Müller Alexander	Bauer Christian	
CSU-FDP	Lechner Martin	Linhart Susanne	Dr. Markmiller Susanne	
CSU-FDP	Oswald Josef	Gressierer Alexander	Brilmayer Walter	
CSU-FDP	Frick Roland	Pfluger Renate	Schwaiger Johann	
GRÜNE	Schüller Antonia	Rumpfinger Johannes	Schweinsteiger Ronja	Greithanner Franz
GRÜNE	von Sarnowski, Thomas	Gruber Waltraud	Ruoff Veronika	Mayer Benedikt
GRÜNE	Fent Niklas	Leng Lakhena	Dr. Burggraf Ulrike	Eberl Otilie
FW-BP	Lechner Thomas	Ossenstetter Simon	Weindl Max	
FW-BP	Maurer Ludwig	Ried Toni	Scherzl Günter	
SPD	Poschenrieder Bianka	Wirnitzer Maria	Proske Ulrich	Bittner Ursula
AG ödp-Linke	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate	
AfD	Schmidt Manfred	Demmel Helmuth		

Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH

Fraktion	Mitglied	Ersatzmitglied
CSU-FDP	Huber Thomas	Matjanovski Marina
CSU-FDP	Stewens Christa	Oswald Josef
CSU-FDP	Wagner Martin	Alte Kathrin
CSU-FDP	Linhart Susanne	Föstl Magdalena
GRÜNE	Oellerer Reinhard	Benedikt Mayer
GRÜNE	Dr. Burggraf Ulrike	Obermayr Angelika
GRÜNE	Schweinsteiger Ronja	von der Forst, Johannes
FW-BP	Ossenstetter Simon	Ried Toni
SPD	Platzer Elisabeth	Rauscher Doris
AG ödp-Linke	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl
Besonders erfahrene Person im Krankenhauswesen	Pfaffeneder Günther, GF a.D. 'Romed'	
Besonders erfahrene Person im Krankenhauswesen	Dr. Weiler Thomas, GF 'Gesundheit Oberbayern'	



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 4	Haushalt 2024; Zwischenbericht 2024 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses
-------	---

2024/1157

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Sachbearbeitung SG 14; Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß stellt dem Gremium anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) den Zwischenbericht 2024 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses vor. Mit Blick auf den Haushalt stellt sie fest, dass das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses voraussichtlich um 1.180.400 € unterschritten werde. Der Planansatz der Kostenstelle Finanzierung werde nach derzeitigen Kenntnisstand bei der Annahme, dass die Grunderwerbsteuer bis zu 150.000 € unter dem Planansatz liege, um ca. 1.126.000 € überschritten.

Auf die Nachfragen von KRin Elisabeth Platzer und KR Reinhard Oellerer zur Krankenhaushausumlage antworten die Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin für Zentrales und Bildung Brigitte Keller sowie Barbara Strangfeld, Mitarbeiterin im SG 14, Finanzen und Beteiligungen, dass die Erhöhung der Krankenhaushausumlage jeweils zur Hälfte durch den Staatshaushalt und durch die Landkreise/kreisfreie Städte erfolge. Die Erhöhung war bei der Haushaltsplanung noch nicht bekannt bzw. absehbar.

Auf die Nachfrage von KR Benedikt Mayer zum Defizitausgleich der Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe im Jahr 2023 zieht Brigitte Keller folgende für den TOP 15 ö vorgesehene Information vor:

Der Defizitausgleich 2023 für die Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe betrage nach Erstellung der Trennungsrechnung 2.547.566,38 €. Abweichend davon sehe der Wirtschaftsplan der Kreisklinik einen Betrag in Höhe von 1,3 Mio. € vor, der auch in den Haushalt 2024

des Landkreises Ebersberg eingeplant wurde.

Im Jahr 2024 werde der eingeplante Betrag ausgeglichen (1,3 Mio. €). Den restlichen Betrag (1.247.566 €) erhalte die Kreisklinik in fünf Jahren mit dem satzungsgemäß erforderlichen Verlustausgleich.

Auf die Nachfrage von KRin Dr. Renate Glaser zum Thema Corona, antworten Katja Witschaß und der Kreiskassenleiter Stefan Madl, dass ein Vergleich mit den Vorjahren nur schwer möglich sei, weil die Kostenstelle Corona die Stichtagsbetrachtung im Zeitraum 2020 bis 2023 verzerre. Erstattungen in Höhe von 300.000 € seien bereits in 2023 eingegangen, welche aber bis Buchungsschluss nicht richtig zugeordnet werden konnten. Eine Klärung diesbezüglich stehe von Seiten der Regierung von Oberbayern weiterhin aus. Die zuständigen Sachgebiete seien hierzu mit der Regierung in Kontakt. Es werde aber davon ausgegangen, dass der Betrag dieses Jahr noch richtig zugeordnet werden könne. Weitere Aussagen der Regierung zu den offenen drei Erstattungsanträgen in Höhe von rund 800.000 € stünden ebenfalls noch aus. Aufgrund von fehlenden Erstattungsrichtlinien wäre es möglich, so Stefan Madl, dass dieser Betrag nicht erstattet werde.

Brigitte Keller beantwortet zufriedenstellend eine Verständnisfrage aus dem Gremium.

Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt den Zwischenbericht 2024 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschuss sowie die erneute Berichterstattung in einem Jahr zur Kenntnis.

TOP 5	Haushalt 2025; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
-------	---

2024/1158

Sachvortragende(r):

Katja Witschaß, Mitarbeit SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Der Landrat führt kurz in das Eckwertverfahren des Landkreises ein. Sein erklärtes Ziel sei, so der Landrat, die Kreisumlage im Jahr 2025 nicht zu erhöhen. In diesen schwierigen Zeiten mit knappen Haushaltsmitteln stelle die Konstanthaltung der Kreisumlage zwar den Landkreis vor besonders große Herausforderungen, aber mit Blick auf die schwierige Haushaltslage der Städte/Märkte und Gemeinden sei dies sein Anspruch für das Jahr 2025.

Katja Witschaß stellt im Rahmen einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll) den Finanzrahmen für die Fachausschüsse, die sogenannten Eckwerte, vor. Sie beantwortet während ihres Sachvortrages zufriedenstellend die Verständnisfragen aus dem Gremium. Zusammenfassend stellt sie fest, dass sich die Eckwerte gegenüber den Eckwerten des Vorjahres um 0,6 Mio. € (-0,7 %) reduzieren und gegenüber der Planung 2024 um 0,5 Mio. € (-0,5%) sinken würden. Bei gleichbleibender Kreis- und Bezirksumlage steige die Umlagekraft zwischen 0,78 und 1,45 Mio. €. Hinzu komme ein Minderbedarf aus den Eckwertvorschlägen in Höhe von 0,5 Mio. € (gefordert wurden von den Sachgebieten 4,5 Mio. €, also 5 Mio. € mehr). Durch eine steigende Umlagekraft von angenommen 1,45 Mio. € und den sinkenden Mittelbedarf von 0,5 Mio. € würde der Haushalt 2025 einen Ergebnisüberschuss von 6,4 Mio. € ausweisen. Dieser Ergebnisüberschuss sei für die Rückzahlung des Kassenkredites notwendig. Eine mögliche Bezirksumlagerhöhung sei nicht berücksichtigt.

Eine Erhöhung der Kreisumlage könne nur vermieden werden, so Katja Witschaß, wenn

- die Eckwerte nicht erhöht und diese in der Planung auch umgesetzt würden.
- die Ausgaben auf das mindeste beschränkt würden d.h. auch bei den Fallzahlen werde nur ein Mindestmaß berücksichtigt.
- die politischen Entscheidungen (z.B. im ULV-Ausschuss) überdacht würden.
- die zunehmende Verschuldung in Kauf genommen werde, um Investitionen zu finanzieren – 2025 werde es nicht gelingen, einen Teil des Ergebnisüberschusses für Investitionen zu verwenden.

Ein Minderbedarf aus den Eckwertvorschlägen sei eine neue Situation im Eckwertverfahren, so der Landrat, aber notwendig mit Blick auf die angespannte finanzielle Situation des Landkreises und der Gemeinden. Zum Vorschlag, den Stellenplan 2024 für 2025 „einzufrieren“ informiert der Landrat über die Diskrepanz zwischen den zunehmenden Staatsaufgaben und den nicht gegenfinanzierten Personalkosten, die von Seiten des Landkreises einfach nicht mehr leistbar seien.

KR Manfred Schmidt erklärt im Namen der AfD-Kreistagsfraktion, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er stellt den Geschäftsordnungsantrag, das Verfahren für den Windpark im Ebersberger Forst einzustellen. Denn im Lichte neuerer Untersuchungen und im Besonderen des Gerichtsurteils zum Windkraftprojekt im Höhenkirchner Forst könnte ein ähnlicher Konflikt mit dem Trinkwasserschutz im Ebersberger Forst bestehen. Somit könnten alle Planungen eingestellt und damit Personalressourcen bei der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde eingespart werden.

Der Landrat antwortet, dass das Landratsamt aufgrund der Neuregelungen des Wind-an-Land-Gesetzes mit den Planungen nichts mehr zu tun habe. Sollte ein Antrag von einem Projektbetreiber eingereicht werden, müsse die untere staatliche Verwaltungsbehörde diesen bearbeiten. Von daher gebe es kein Einsparpotential.

KR Alexander Müller findet den Vorschlag der Verwaltung ambitioniert, aber mit Blick auf die angespannte Finanzlage der Kommunen für angemessen. Eine weitere Steigerung der Kreisumlage würde die Kommunen „in den Abgrund führen“. Diese hätten dann auch keine finanziellen Ressourcen mehr für Ausgaben und Investitionen, so KR Alexander Müller. Aufgrund der zunehmenden Ausgaben im sozialen Bereich sei die Ausgabensituation auch beim Landkreis dramatisch. Er begrüße daher den Vorschlag der Verwaltung, die Kreisumlage „ein bisschen aufzusparen“ als auch die Eckwerte nicht zu erhöhen. Damit würde der Haushalt wieder mehr Disziplin und schlussendlich mehr Freiräume für Investitionen haben. Er appelliert, Beschlüsse mit mehr Disziplin zu fassen und auch manche getroffene Entscheidung zu hinterfragen.

Kritisch sehe KR Benedikt Mayer und seine Fraktion (Bündnis 90/Die Grünen) die unveränderte Höhe des Zuschusses gegenüber dem Vorjahr an die Energieagentur Ebersberg-München gGmbH, zumal das Finanzmanagement empfehle, die Mehrausgaben von Personal- und Tarifsteigerungen im Jahr 2024 durch Mehreinnahmen auszugleichen.

Durch die Kürzungen im LSV-Ausschuss sei der Wertehalt der Liegenschaften nicht gewährleistet, so KR Benedikt Mayer, der seitens der Verwaltung aber immer wieder gefordert werde. Bedenklich seien für ihn auch die Einsparungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), als auch die Forderung: gefasste Beschlüsse zu hinterfragen, gleichwohl der ÖPNV eine tragende Säule beim Klimaschutz darstelle. Ebenso bedenklich seien für ihn die Kürzungen beim Kreisjugendring, deren Haupttätigkeit die Demokratieschulung sei, als auch das Einfrieren des Stellenplans, das seines Erachtens nicht mit dem gesteigerten Arbeitsaufwand in der Verwaltung zu vereinbaren sei. Persönlich verstehe er nicht, weshalb die Kreisumlage stabil gehalten werden solle, wohl wissend, dass durch die Herunternahmen der beiden Schulneubauten von der Warteliste im Jahr 2024 große finanzielle Herausforderungen auf den Landkreis zukommen werden. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen könne von daher den vorgeschlagenen Eckwerten nicht zustimmen.

Der Landrat erwidert, dass der ÖPNV in den letzten 10 Jahren mehr als 100 % ausgebaut wurde. Die Kosten würden aber aufgrund von Neuausschreibungen, Mindereinnahmen und Tarifsteigerungen „aus dem Ruder laufen“. Von daher müsse manche Linie zu Zeiten schwacher Fahrgastzahlen hinterfragt werden. Die Energieagentur Ebersberg – München gGmbH habe eine Erhöhung des Zuschussanteils beantragt. Die Beratung darüber erfolge in Kürze im Aufsichtsrat. Die Stundensätze für die Beratungen durch die Energieagentur wurden seitens des Landkreises erhöht, somit steigen die Einnahmen. Mit Blick auf die Wirtschaftslage und den damit einhergehenden sinkenden Steuereinnahmen müsse auch der Landkreis entsprechend reagieren.

KR Christian Bauer schildert in seiner Funktion als Bürgermeister die schwierige finanzielle Situation der Kommunen. Er fordert die Kreistagsmitglieder zur Sparsamkeit auf, damit die Kommunen weiterhin leistungsfähig bleiben können.

KR Günter Scherz erklärt, dass das Gebot der Stunde ‚priorisieren‘ heiße. Das Gremium habe die Erkenntnis gewonnen, dass nicht mehr alles finanziell tragbar sei. Seine Fraktion (FW/Bayernpartei) stimme daher den vorgeschlagenen Eckwerten in Summe zu.

KR Reinhard Oellerer bezeichnet die Schuldenprognose in der Sitzungsvorlage als völlig realitätsfern. Seines Erachtens sei der prognostizierte Schuldenanstieg im Zeitraum Ende 2024 bis Ende 2027 von 54 Mio. € auf 57 Mio. € zu gering, zumal in der Prognose die beiden Schulneubauten (Berufsschule und Gymnasium Poing) noch nicht berücksichtigt wurden, als auch der Umstand, dass der Landkreis zunehmend Investitionskredite aufnehmen müsse, weil ein Großteil der Ergebnisüberschüsse für die Rückzahlung des Kassenkredites angespart werden müsse.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde heute trotz Bedenken dem Beschlussvorschlag zustimmen, so Elisabeth Platzer. Als Stadträtin erkennt sie das Entgegenkommen des Landkreises gegenüber den Kommunen lobend an. Mit Blick auf die Stellenbegrenzung plädiert sie an die Amtsleitung auf das Wohl des Personals zu achten und Überforderungen zu vermeiden.

Im Namen der Ausschussgemeinschaft ÖDP/DIE LINKE stimmt KRin Dr. Renate Glaser dem Beschlussvorschlag trotz Bedenken bezüglich der Einsparungen im ÖPNV zu. Sie setzt auf innovative und kreative Lösungsansätze zu diesem Thema im ULV-Ausschuss.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag von KR Manfred Schmidt (AfD):

Ich beantrage, das Verfahren für den Windpark im Ebersberger Forst einzustellen.



abgelehnt

Ja 1 Nein 12 Anwesend 13

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Für die Haushaltsberatungen 2025 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:

	Plan 2024	Eckwertevorschlag 2025
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	13.851.562	13.900.000
Jugendhilfeausschuss	19.000.000	19.000.000
SFB-Ausschuss	22.541.336	22.500.000
LSV-Ausschuss	19.451.961	19.000.000
ULV-Ausschuss	11.826.159	11.800.000
Summe	86.671.018	86.200.000

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 86.200.000 €.

Die Summe der zur Verfügung gestellten Finanzmasse sinkt gegenüber der Planung 2024 um 471.018 € bzw. 0,5 %.

2. Im Jahr 2025 wird sich der Stellenplan des Landkreises im Vergleich zum Jahr 2024 nicht ändern.
3. Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2025 diese Eckwerte einzuhalten.



angenommen

Ja 10 Nein 3 Anwesend 13

TOP 6	Seerosenschule Poing - Sonderpädagogisches Förderzentrum; Startbeschluss Aufstockung
-------	---

2024/1239/1

13

Vorberatung

Kreistag am 23.10.2017, TOP 4 Ö
SFB-Ausschuss am 27.06.2019, Ö
SFB-Ausschuss am 01.10.2019, TOP 6 Ö
Kreistag am 22.10.2019, TOP 8 Ö
SFB-Ausschuss am 18.10.2023, TOP 8 Ö
LSV-Ausschuss am 06.06.2024, Top 4 Ö

Sachvortragende(r):

Susanne Kinze, Mitarbeiterin SG 14, Kreishochbau und Liegenschaften

Susanne Kinze informiert in ihrem kurzen Sachvortrag über die Maßnahme SFZ Poing - Aufstockung Variante 2, die mit Beschluss des Kreistags vom 22.10.2019 von der Warteliste genommen und in den Haushalt 2020 bis 2023 eingeplant wurde. Die damaligen Projektgesamtkosten (Grobkostenrahmen) gemäß Warteliste betragen 4.045.000 € brutto für den Bau und 175.000 € brutto für die Ausstattung, für den Zuschuss wurden 936.750 € angegeben. Die Maßnahme konnte aufgrund fehlender Personalkapazitäten im Sachgebiet 13 nicht begonnen und umgesetzt werden. Aufgrund der Berücksichtigung von Baupreisindizes für die folgenden Haushaltsjahre wurde ein notwendiges Budget in Höhe von 6.127.550 € brutto für den Bau und 215.000 € brutto für die Ausstattung ermittelt. In seiner Sitzung vom 06.06.2024 fasste der LSV-Ausschuss einstimmig den Empfehlungsbeschluss an den Kreis- und Strategieausschuss.

Auf die Nachfrage von KR Christian Bauer erklärt Susanne Kinze, dass der Südtrakt des Schulgebäudes um ein Stockwerk erweitert und das angrenzende Lehrerzimmer in südwestliche Richtung vergrößert werde, um so den Bedarf des SFZ nach Ganztagsbetreuung realisieren zu können.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin 1 (Zentrales und Bildung) ergänzt, dass die Schülerzahlen von 207 im Jahr 2018 auf aktuell 257 gestiegen seien.

Die KRinnen Dr. Renate Glaser und Elisabeth Platzer sprechen sich für eine baldige Umsetzung der Maßnahme aus.

KRin Waltraud Gruber verweist auf den in der Sitzungsvorlage zitierten Beschluss des SFB-Ausschusses vom 18.10.2023 Ziffer 2 „*Der Kreis- und Strategieausschuss wird gebeten, im Rahmen des Stellenplans eine ausreichende Personalausstattung des Kreishochbaus zu prüfen und ggf. befristet zusätzliches Personal bereitzustellen*“. Ihres Erachtens sei dieser Beschluss ein Hilferuf. Nachdem im vorangegangenen TOP die Einfrierung des Stellenplans gegen die Stimmen ihrer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossen wurde, müsse der Kreis- und Strategieausschuss als zuständiges Gremium darauf eingehen.

Der Landrat erklärt, dass seitens der Liegenschaftsverwaltung das positive Signal für die Umsetzung der Maßnahme kam. Demnächst seien drei Baustellen abgewickelt, sodass wieder Arbeitsressourcen in der Organisationseinheit vorhanden seien. Der Stellenplan solle konstant gehalten werden, aber im Rahmen der Stellenbewirtschaftung bestehe die Möglichkeit der internen Umstrukturierung. Der Landkreis brauche daher an dieser Stelle keine Stellenenerweiterung vorzusehen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Die Maßnahme Aufstockung des Sonderpädagogisches Förderzentrums Poing mit Gesamtkosten in Höhe von 6.127.550 Euro sowie Förderungen in Höhe von 1.650.000 Euro wird umgesetzt (Startbeschluss gemäß § 29 Abs. 3 GeschO-KT).



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 7	Humboldt-Gymnasium Vaterstetten; Startbeschluss Sanierung Dreifachturnhalle
-------	---

2024/1240/1
Vorberatung

13

- 20. LSV-Ausschuss am 28.09.2022 TOP 18 NÖ
- 21. LSV-Ausschuss am 08.12.2022, TOP 3 Ö
- 23. LSV-Ausschuss am 02.05.2023, TOP 9 Ö
- 24. LSV-Ausschuss am 21.06.2023, TOP 4 Ö
- 25. LSV-Ausschuss am 26.07.2023, TOP 5 Ö
- 30. LSV-Ausschuss am 06.06.2024, TOP 5 Ö

Sachvortragende(r):

Beate Müller-Meisinger, Mitarbeiterin SG 13, Kreishochbau und Liegenschaften

Beate Müller-Meisinger hält einen Sachvortrag. Die im Herbst 2022 am Dachtragwerk der Dreifachsporthalle des Gymnasiums Vaterstetten durchgeführten umfangreichen Untersuchungen ergaben, dass eine Sanierung der Dachbinder verbunden mit einer Erneuerung der Dachhaut zwingend erforderlich ist.

Die Machbarkeitsstudie für eine Sanierung der Dreifachturnhalle wurde dem LSV-Ausschuss am 21.06.2023 vorgestellt. Die Kreistagsfraktionen wurden um fraktionsinterne Befassung und Beratung gebeten und die Fördermöglichkeiten nach FAG wurden von der Verwaltung geklärt.

Die Varianten der Machbarkeitsstudie einschl. der Fördermöglichkeiten wurden dem LSV-Ausschuss am 26.07.2023 vorgestellt und folgende Beschlüsse gefasst:

1. *Gemäß dem Ergebnis der Machbarkeitsstudie soll die Variante 2 „Generalsanierung der Dreifachsporthalle“ weiterverfolgt und ab 2024 mit den notwendigen Planungen begonnen werden.*
2. *Die notwendigen Haushaltsmittel der Variante 2 in Höhe insgesamt 10.767.120 € sollen auf die Warteliste gesetzt werden.*
3. *Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen: Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:*

Aufgrund der Dringlichkeit wird die Maßnahme gemäß Variante 2 von der Warteliste genommen und im Haushalt ab 2024 entsprechend dem voraussichtlichem Mittelabfluss eingeplant.

Die Maßnahme Gymnasium Vaterstetten Generalsanierung Dreifachsporthalle wurde mit Beschluss des Kreistags vom 23.10.2023 von der Warteliste genommen und in den Haushalt 2024 bis 2027 eingeplant.

In seiner Sitzung vom 06.06.2024 fasste der LSV-Ausschuss dazu den einstimmigen Beschluss und legt ihn dem Kreis- und Strategieausschuss vor.

Zur Kategorie „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ regt KRin Waltraud Gruber an, künftig bei Sanierungen die Einsparung von grauer Energie zu erwähnen. Frau Müller-Meisinger sagt dies zu.

Beate Müller-Meisinger und der Landrat beantworten zufriedenstellend eine Frage zu den beiden anderen Varianten.

KR Benedikt Mayer regt an, die Sitzungsvorlage für den Kreistag um die Höhe der Förderung und damit der Nettogesamtkosten zu ergänzen, was Frau Müller-Meisinger zusagt.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Die Sanierung der Dreifachturnhalle am Humboldt-Gymnasium Vaterstetten mit Gesamtkosten in Höhe von 10.767.120 € wird ausgeführt (Startbeschluss gemäß § 29 Abs. 3 GeschO-KT).



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 8	Wohnbaugesellschaft Ebersberg gkU; Anwendung der Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg für das Objekt Pfarrer-Guggetzer-Straße 6
-------	---

2024/1266/1

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 02.07.2024, TOP 07 ö

Sachvortragende(r):

Anschi Kandlbinder, Mitarbeiterin SG 21, besondere soziale Leistungen, Versicherungsamt, Wohnungswesen

Anschi Kandlbinder hält einen Sachvortrag anhand der Sitzungsvorlage. Nach den Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg ist Grundvoraussetzung insbesondere, dass der Mietraum durch den Freistaat Bayern gefördert sein muss. Entweder im Bayerischen Wohnungsbauprogramm durch die „Staatliche Förderung zur Finanzierung von Mietwohnungen in Bayern“ (sog. EoF-Wohnungsbau) oder durch das kommunale Wohnungsförderungsprogramm –KommWFP-.

Die WBE plante die Förderung von 22 Wohnungen nach dem KommWFP ein und damit einhergehend auch nach den Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg. Dementsprechend wurde am 10.11.2021/12.01.2022 zwischen dem Landkreis Ebersberg und der WBE ein öffentlicher

Vertrag geschlossen, der im Tenor die Gewährung eines einmaligen verlorenen Baukostenzuschusses i.H.v. 110.000 € für 22 durch den Freistaat Bayern im Rahmen des „Kommunalen Förderungsprogramms –KommWFP- geförderten Mietwohnungen vorsah (5.000 € pro geförderter Wohnung).

Mit mittlerweile bestandskräftigem Bescheid v. 03.07.2023 hat die Regierung von Oberbayern lediglich 19 (von 22 errichteten) Mietwohnungen im Bescheid genannt. Da die Landkreisförderung in ihren Richtlinien zwingend auf die Förderung der Regierung von Oberbayern aufsetzt, konnte dementsprechend auch nur für 19 Mietwohnungen ein einmaliger verlorener Baukostenzuschuss i.H.v. insgesamt 95.000 € gewährt werden.

Eine Förderung der weiteren 3 Mietwohnungen i.H.v. insgesamt 15.000 € in Anlehnung an die Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg erscheint jedoch vor dem Hintergrund angebracht, dass die errichteten Mietwohnungen vom Sinn und Zweck her mit dem in der Richtlinie festgehaltenem überlagerndem Förderungsziel im Einklang stehen (s. Ausführungen in der Vorbemerkung der Richtlinien). Ziel ist die Förderung des sozialen Wohnungsbaus der insbesondere beim günstigen Wohnungsbau innerhalb der Mietpreisobergrenzen, die das Jobcenter anerkennt, verwirklicht wird. Die von der WBE geschaffenen weiteren 3 Mietwohnungen entsprechen diesem Ziel.

Die gescheiterte Förderung für die 3 Mietwohnungen nach dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm –KommWFP- basiert auf folgendem Missverständnis im Handlungsablauf:

Die Regierung von Oberbayern hat zunächst einen Aufzug gefordert. Dadurch konnten bei der Antragsstellung nur 19 Wohnungen angegeben werden. Tatsächlich wurden aber sodann 22 Wohnungen errichtet – Pflegepersonal benötigt keinen Aufzug.

Die Angabe der weiteren 3 Wohnungen unterblieb dann im Bescheid. Dieser „Fehler“ sollte jedoch nicht mit einem Scheitern der Förderung durch den Landkreis Ebersberg einhergehen, da auch die geschaffenen weiteren 3 Mietwohnungen zu 100 % mit dem in den Richtlinien verankerten überlagernden Förderungsziel einhergehen. Es erscheint dementsprechend als sachgerecht eine Förderung i.H.v. insgesamt 15.000 € für die weiteren 3 Mietwohnungen in Anlehnung an die Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg zu gewähren.

Als kaufmännische Vorständin der WBEgKU beantwortet die Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin für Zentrales und Bildung Brigitte Keller zufriedenstellend eine Verständnisfrage zum bestandskräftigen Bescheid der Regierung von Oberbayern.

Im Namen der AfD-Kreistagsfraktion wird KR Manfred Schmidt dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er regt im Vorfeld seines am 29.06.2024 gestellten Antrages an, die ‚Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg‘ um einen Teuerungsausgleich, als sogenannte dritte Förderungssäule unter der Bezeichnung ‚Konzeptioneller Mietwohnungsbau (KMB) zu ergänzen. Er zitiert einen Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 24.06.2024 mit der Überschrift *„Neuer Wohnraum – ein Wagnis“* und mit dem Untertitel *„Trotz gestiegener Zinsen und Materialkosten bauen in München Genossenschaften plötzlich wieder rentabel. Warum das möglich ist – und vor welchen*

Problemen die Branche steht“. Diese Idee beruhe auf einer Empfehlung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München Dieter Reiter.

Der Landrat informiert, dass der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion im Herbst auf die Tagesordnung des Kreis- und Strategieausschuss komme. Er bittet die Verwaltung, den von KR Schmidt zitierten Artikel rauszusuchen.

Auf die Nachfrage von KR Benedikt Mayer antwortet der Landrat, dass im Haushalt pauschal 200.000 € jährlich als Fördersumme zur Verfügung stünden. Die Summe sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausgeschöpft. Sollten mehr Anträge eingehen, müssten die zuständigen Gremien die Ausgaben überplanmäßig genehmigen.

Anschi Kandlbinder informiert, dass dies voraussichtlich im nächsten Jahr der Fall sein werde, da ihr bereits Anträge für 11 Objekte vorliegen würden.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

In Anlehnung an die Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg werden der Wohnbaugesellschaft Ebersberg gkU insgesamt 15.000 € als einmaliger verlorener Baukostenzuschuss für die 3 weiteren geschaffene Mietwohnungen in dem Objekt Pfarrer-Guggetzer-Straße 6, die bislang nicht von einer Landkreisförderung abgedeckt sind, gewährt.



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 9 Jahresabschluss 2023 des Sondervermögens der Kreisklinik Ebersberg

2024/1161

Sachvortragende(r):

Barbara Strangfeld, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Barbara Strangfeld informiert im Rahmen einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) über den Jahresabschluss 2023 des Sondervermögens der Kreisklinik Ebersberg.

Es folgt keine Wortmeldung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt den Jahresabschluss 2023 des Sondervermögens Kreisklinik in Höhe von - 472.738,31 € (Verlust) zur Kenntnis.**
- 2. Der Abschluss wird zur örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet.**



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 10	Beteiligungsmanagement; Jahresabschluss 2022 der Kreisklinik Ebersberg gGmbH - Entlastung des Aufsichtsrates
--------	--

2024/1160

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 10.07.2023, TOP 23 Nö
Kreistag am 24.07.2023, TOP 19 Nö

Sachvortragende(r):

Barbara Strangfeld, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Der Landrat übergibt den Vorsitz an seinen gewählten Stellvertreter KR Walter Brilmayer.

Barbara Strangfeld hält im Rahmen einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) einen kurzen Sachvortrag. Sie informiert, dass wegen persönlicher Beteiligung weder der Landrat noch die in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder bei dem Ermächtigungsbeschluss des Kreistags für den Gesellschafter mitstimmen dürfen (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

Barbara Strangfeld beantwortet zufriedenstellend eine Verständnisfrage aus dem Gremium.

Der Vorsitzende Walter Brilmayer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:

Dem Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2022 die Entlastung erteilt.



einstimmig angenommen

Ja 7 Nein 0 Pers. beteiligt 6

Wegen persönlicher Beteiligung haben weder der Landrat noch die in den Aufsichtsrat entsandten anwesenden Mitglieder des Kreistages (Martin Wagner, Elisabeth Platzer, Thomas Huber, Dr. Renate Glaser und Reinhard Oellerer) an der Abstimmung teilgenommen (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

TOP 11	Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2020 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg
--------	---

2024/1231/1

963.2/2-2020

Vorberatung

Rechnungsprüfungsausschuss, 13.06.2024 (TOP 5 nö)

Sachvortragende(r):

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats

Michael Ottl hält einen kurzen Sachvortrag. Das Revisionsamt hat den Jahresabschluss des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg für das Wirtschaftsjahr 2020 entsprechend Art. 89 Abs. 3 LKrO umfassend als Sachverständiger geprüft und legt nunmehr den Bericht vom 16.04.2024 zur Behandlung vor. Das Revisionsamt hat im Rechnungsprüfungsausschuss am 13.06.2024 den Prüfungsbericht vorgestellt und die aufgeworfenen Fragen umfassend beantwortet. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfahl einstimmig die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und folgte der vorgeschlagenen Ergebnisverwendung.

Es folgt keine Wortmeldung.

Nachdem der Landrat noch nicht anwesend ist, stellt der gewählte Stellvertreter des Landrats KR Walter Brilmayer als Vorsitzender den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg für das Wirtschaftsjahr 2020 mit den auf den Seiten 18 bis 23 des Berichts vom 16.04.2024 ausgewiesenen Summen gemäß § 9 Abs. 2 der Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Krankenhäuser (WkKV) i.V.m. Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt.

Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage Nr. 5 zur Niederschrift.

Der Jahresfehlbetrag 2020 i.H.v. 146.059,06 € wird in Übereinstimmung mit § 10 Abs. 2 WkKV durch eine entsprechende Verringerung der Kapitalrücklagen (Eigenkapital) gedeckt.



einstimmig angenommen

Ja 11 Nein 0 Anwesend 11

TOP 12	Örtliche Prüfung des konsolidierten Jahresabschlusses 2020 des Landkreises Ebersberg
--------	--

2023/1086/1

963.4/2-2020

Vorberatung

Rechnungsprüfungsausschuss, 13.06.2024 (TOP 4 nö)

Sachvortragende(r):

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats

Der Landrat übernimmt wieder den Vorsitz.

Michael Ottl hält einen Sachvortrag. Der Landkreis Ebersberg hat zum 31.12.2020 den konsolidierten Jahresabschluss nach Art. 88a LKrO bzw. §§ 88 bis 90 KommHV-Doppik erstellt. Dabei handelt es sich um eine Zusammenfassung des Jahresabschlusses des Landkreises mit den Jahresabschlüssen der mit ihm verbundenen rechtlich selbstständigen und unselbstständigen wirtschaftlichen Einheiten zu einem Gesamtabschluss als Rechnungslegung aller Aktivitäten des Landkreises. Im Rahmen des konsolidierten Jahresabschlusses können die Haushalte dieser Einheiten gemeinsam mit dem Landkreis des Haushaltes dargestellt werden, womit ein Gesamtüberblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landkreises ermöglicht wird. Dadurch soll nicht zuletzt auch der mit der Ausgliederung und der Aufgabenerledigung außerhalb des kommunalen Kernhaushalts verbundene Steuerungs- und Informationsverlust zumindest zum Teil kompensiert werden.

Der konsolidierte Jahresabschluss 2020 wurde dem Kreis- und Strategieausschuss am 12.10.2021 (TOP 10 Ö) zur Kenntnisnahme vorgelegt und anschließend zur Durchführung der örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet. Das Revisionsamt hat sich mit dem seitens des Sachgebiets 14 (Finanzen, Beteiligungen) erarbeiteten konsolidierten Jahresabschluss 2020 inhaltlich umfassend auseinandergesetzt und kann nun den Prüfungsbericht vom 17.11.2023 zur Beratung vorlegen. Damit kann der Rechnungslegungsprozess für das Haushaltsjahr 2020 im Kreis- und Strategieausschuss sowie der Entscheidung über die Feststellung und letztendlich der Erteilung der Entlastung im Kreistag weitergeführt werden. Besondere Einzelfeststellungen bzw. Beanstandungen wurden im Prüfungsbericht wieder als Textziffern (Tz) entsprechend gekennzeichnet und durchnummeriert. Diese werden in der Sitzung in einer Präsentation im Einzelnen vorgestellt.

Bei Bedarf kann zudem Einsicht in die Prüfungsdokumentation des Revisionsamtes genommen werden. Das Revisionsamt hat im Rechnungsprüfungsausschuss am 13.06.2024 alle Textziffern einzeln vorgestellt und die aufgeworfenen Fragen umfassend beantwortet. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfahl einstimmig die Feststellung des konsolidierten Jahresabschlusses 2020.

KR Benedikt Mayer kritisiert, dass die Abschlusszahlen nicht der Sitzungsvorlage für die heutige Sitzung als Anlage beigefügt wurden. Somit war seines Erachtens eine adäquate Vorbereitung nicht möglich. Er schlägt daher vor, so KR Benedikt Mayer, die Entscheidung ohne inhaltliche Beratung durch den Kreis- und Strategieausschuss an den Kreistag zu verweisen.

Leider wurde vergessen, die Anlage mit der Sitzungsvorlage zur heutigen Sitzung einzustellen, so Anton Blank, Sachgebietsleiter Revisionsamt. Die Mitglieder des Kreistages hätten aber die Möglichkeit gehabt, die Zahlen im Ratsinformationssystem unter der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses bzw. im Revisionsamt einzusehen. Sofern gewünscht könne er die Zahlen jetzt via Beamer an die Wand projizieren.

KR Manfred Schmidt verweist auf das Ratsinformationssystem und auf die Möglichkeit der Einsichtnahme gemäß Art. 88 LKrO. Seines Erachtens sei daher eine inhaltliche Beratung als auch eine Beschlussfassung des Kreis- und Strategieausschusses möglich.

Nach kurzer Beratung besteht ein breiter Konsens im Gremium, die Entscheidung ohne inhaltliche Beratung an den Kreistag zu verweisen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Kreis- und Strategieausschuss verweist nachfolgenden Beschlussvorschlag ohne vorherige Beratung zur Entscheidung an den Kreistag:

Auf Grund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der konsolidierte Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg für das Haushaltsjahr 2020 mit den auf den Seiten 59 bis 63 des Berichts vom 17.11.2023 ausgewiesenen Summen gemäß Art. 88 Abs. 3 LkrO festgestellt.

Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil des Kreistagsbeschlusses und Anlage zur Niederschrift.



angenommen

Ja 12 Nein 1 Anwesend 13

TOP 13	VERTAGT_Jahresabschluss 2020; Erteilung der Entlastung
--------	--

2024/1268

Der geladene Tagesordnungspunkt wird vertagt.

TOP 13	NEU_Beauftragung eines externen Dienstleisters zur Prüfung verschiedener Vorgänge; Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2024
--------	--

Auf Antrag und mit Zustimmung des Antragstellers wurde im Rahmen der nichtöffentlichen Beratung zur Tagesordnung der AfD-Antrag vom 21.06.2024 geteilt. Die Beratung und Beschlussfassung zur Ziffer 1 des Antrages erfolgt unter dem regulär geladenen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt.

Im Namen der AfD-Kreistagsfraktion stellte KR Manfred Schmidt am 21.06.2024 folgenden Antrag:

Der zuständige Ausschuss möge empfehlen, der darauffolgende Kreistag möge – jeweils in öffentlicher Sitzung – beschließen:

Die Firma Rödl & Partner, Nürnberg/München wird beauftragt:

1. (...)
2. Das dem Landkreis Ebersberg gegenüber dem Kreisjugendring (KJR) Ebersberg ab dem 01.01.2022 vertraglich zustehende Prüfungsrecht für die Jahre 2022 und 2023 wahrzunehmen.
3. Dieser externe Dienstleister ist zu bitten, die Prüfberichte baldmöglichst, spätestens jedoch bis zum 31.12.2024 an den Landrat zu adressieren, der sie umgehend den Kreistagsfraktionen zuleitet.

KR Manfred Schmidt begründet seinen Antrag damit, dass die Beauftragung an einen externen Dienstleister angesichts der aktuell und bis auf weiteres völlig unzureichenden Personalsituation im Rechnungsprüfungsamt für ihn alternativlos sei. Seines Erachtens könne das Revisionsamt aufgrund deren prekäre Personalsituation nicht das von Herrn Landrat mit Schreiben vom 19.12.2023 beauftragte Prüfergebnis der Tätigkeit des Kreisjugendrings Ebersberg für die Jahre 2022 sowie 2023 bis zum 31.12.2024 liefern.

Anton Blank, Sachgebietsleiter Revisionsamt, bestätigt die prekäre Personalsituation durch offene Stellen im Revisionsamt. Aufgrund der hohen Arbeitsrückstände liege seine Priorität der Prüfungen beim Landkreishaushalt und bei allen Abschlüssen, die der Entlastung der

Verwaltung dienen, insbesondere beim Zweckverband Realschule Vaterstetten. Von daher laute seine Prognose, dass das Revisionsamt die von Herrn Landrat beauftragte Prüfung der Tätigkeit des Kreisjugendrings Ebersberg für die Jahre 2022 sowie 2023 voraussichtlich nicht bis zum 31.12.2024 schaffen werde.

Auf die Nachfrage von KR Martin Wagner antwortet Anton Blank, dass die Nichterfüllung des Prüfauftrages, außer dieser Faktizität, keine weiteren Folgen habe.

Auf die Nachfrage von KR Manfred Schmidt antwortet Anton Blank, dass eine Beauftragung eines externen Dienstleisters zur Prüfung verschiedener Vorgänge tatsächlich eine Entlastung für das Revisionsamt darstellen würde.

KR Günter Scherzl kritisiert die Herangehensweise, denn hier würde der zweite Schritt vor dem ersten getan werden. Seines Erachtens müsse zuerst intern mit der Verwaltung in Austausch gegangen werden, um dann im Rechnungsprüfungsausschuss über eine mögliche Beauftragung von externen Dienstleistern zu beraten.

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats, verweist auf den mit Schreiben vom 19.12.2023 erteilten Auftrag von Herrn Landrat. Solange der Amtsleitung keine Erklärung des Revisionsamtes über die absehbare Nichterfüllung des Auftrages vorliege, rate er mit Blick auf eine überörtliche Prüfung durch den BKPV davon ab, Gelder für externe Dienstleister auszugeben. Dies verstoße gegen den Grundsatz sparsamer Haushaltsführung.

Der Landrat stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Abstimmung über die Ziffern 2 und 3 des Antrages der AfD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2024:

Die Firma Rödl & Partner, Nürnberg/München wird beauftragt:

1. (...) *
2. **Das dem Landkreis Ebersberg gegenüber dem Kreisjugendring (KJR) Ebersberg ab dem 01.01.2022 vertraglich zustehende Prüfungsrecht für die Jahre 2022 und 2023 wahrzunehmen.**
3. **Dieser externe Dienstleister ist zu bitten, die Prüfberichte baldmöglichst, spätestens jedoch bis zum 31.12.2024, an den Landrat zu adressieren, der sie umgehend den Kreistagsfraktionen zuleitet.**



abgelehnt

Ja 1 Nein 12 Anwesend 13

* Die Beratung und Beschlussfassung zur Ziffer 1 des Antrages der AfD-Kreistagsfraktion erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 14 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

keine

TOP 15 Informationen und Bekanntgaben

keine

TOP 16 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats gibt folgenden in nichtöffentlicher Sitzung des Kreis- und Strategieausschuss am 04.03.2024 gegen eine Stimme angenommenen Beschluss bekannt:

TOP 18 N Sicherheitsdienst für das Landratsamt Ebersberg und das Jobcenter Ebersberg - Vorbereitung Vergabeverfahren

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb für die Beschaffung des Sicherheitsdienstes durchzuführen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt den Zuschlag bis zu einem Betrag von maximal (...) auf die Angebote zu den Losen 1 und 2 zu erteilen und die entsprechenden Verträge im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel abzuschließen.

TOP 17 Anfragen

Der Landrat stellt keine Anfragen fest und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:46 Uhr.

Anschließend folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.